

## NIEDERSCHRIFT

Nr. 07/2022

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der  
Gemeinde Gutach im Breisgau am 28. Juni 2022  
im Bürgersaal in Bleibach, Bahnhofstr.1

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

### Anwesend:

1. Vorsitzender BM Rötzer

2. Gemeinderäte Jan Hug, Christine Kaltenbach, Annette Linder,  
Nicole Rieser, Beate Roser, Barbara Schuler, Robert  
Stiefvater, Hansjörg Weis, Stefan Weis, Clemens  
Elsner, Reinhard Hamann

Beamte, Angestellte, usw. Markus Adam, Wencke Heß, Jörg Barth, Marina  
Stammberger, Anna Welle, Julian Biehler

Anna Welle als Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt: Jochen Bockstahler, Maria Wernet

Es fehlen unentschuldigt:

Der Gemeinderat ist beschlussfähig, da 12 Mitglieder (BM +11 GR) anwesend sind.

## Tagesordnung

1. Fragen zu Gemeindeangelegenheiten (Frageviertelstunde)
  2. Bekanntgaben
  3. Blutspenderehrung
  4. Badenova AG & Co. KG: Ausgliederung des Teilbetriebs Vertrieb in eine Tochtergesellschaft der badenova AG & Co. KG.  
-Beschlussfassung-  
*Anlage 1*
  5. Gestaltung des Kreisverkehrs in Bleibach Richtung Simonswald  
-Vorstellung, Beratung und Beschlussfassung-  
*Anlage 2*
  6. Behandlung der Anträge der CDU Fraktion v. 30.05.2022  
- Information und Beratung-
  7. Punktuelle Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Inried“  
- Vorstellung und Beschlussfassung –  
*Anlage 3*
  8. Antrag auf Erteilung einer auf 25 Jahre befristeten immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung zum Repowering der Windkraftanlagen (WKA) Wald und Wiese im Bereich Schillinger Berg der Gemeinde Freiamt  
- Beschlussfassung –  
*Anlage 4*
  9. Anfragen aus dem Gemeinderat
-

Bürgermeister Rötzer eröffnet die öffentliche Sitzung. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen rechtzeitig am 20.06.2022 zugegangen sind und gegen die Tagesordnung keine Einwände bestehen.

## **1. Fragen zu Gemeindeangelegenheiten (Frageviertelstunde)**

Herr Martin Schneider aus Siegelau hat eine Frage zum Thema Repowering der Windkraftanlage Wald und Wiese im Bereich Schillinger Berg. Er möchte wissen, ob dem Gemeinderat die Messwerte zu den Emissionen der Windkraftanlagen vorliegen. Er würde gerne die Emissionswerte von Tag- und Nachtmessungen mitgeteilt bekommen. Außerdem bemängelt er, dass die Bürger\*innen aus Siegelau über das geplante Repowering der Windkraftanlagen nicht informiert gewesen seien obwohl diese direkt betroffen wären. Herr Rötzer erklärt, dass man diese Fragen bei TOP 6 behandeln werde. Außerdem betont er, dass der Gemeinderat die Angelegenheiten aller Ortsteile vertreten würde, auch die der Siegelauer Bürger\*innen.

## **2. Bekanntgaben**

Bürgermeister Rötzer gibt folgende Sachstände bekannt:

Wie in der letzten Sitzung präsentiert wurde seien die Anforderungen an einen Ausbau des Radweges sehr hoch. Die Verwaltung schlage deshalb vor, eine schnellumsetzbare Alternative durchzuführen. Im Bereich der Shell-Tankstelle solle der Schotter durch Teer ersetzt werden. Außerdem sollte der Brückenbelag der Heubrücke verbessert werden. Fr. Schuler fragt nach, wie man die Brücke konkret verbessern wolle, ob man beispielsweise einen Fahrstreifen errichten wolle.

Hr. Rötzer erklärt, dass man über konkrete Einzelheiten noch nicht gesprochen habe.

Frau Linder meint, dass der Belag der Brücke nicht nur aufgefüllt werden sollte, sondern der gesamte Boden überprüft werden müsste.

Herr Hamann sagt, dass er noch keine Mängel an der Brücke festgestellt habe. Würde man die Brücke teeren, hätte man bald ein neues Problem durch nicht mehr versickerndes Wasser.

Frau Kaltenbach findet den Ausbau des Radfahrnetzes prinzipiell gut, das Gutachten der letzten Gemeinderatsitzung sei aber unnötig gewesen. Sie möchte wissen, was dieses gekostet habe.

Herr Barth antwortet, dass dieses Gutachten ca. 1.000 Euro gekostet habe.

Herr Elsner wolle nichts an dem Brückenbelag der Heubrücke ändern.

Herr Stiefvater meint, dass man zukünftig Zufahrt für Radfahrer zum Schwimmbad neu planen müsste.

Herr Rötzer gibt außerdem bekannt, dass die gestellten Haushaltsanträge der Ökologischen Liste noch bearbeitet würden. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.07.2022 solle dies bearbeitet werden. Am 26.07.2022 sollte dann der finale Haushaltsplan 2022 vom Gemeinderat beschlossen werden.

Der Haushalt 2023 sei bereits in Planung, eine Veränderung des Ablaufs werde momentan intern besprochen. Der Haushalt 2023 solle dann spätestens im Januar 2023 beschlossen werden. Wünschenswert sei bereits im Dezember 2022, hierfür werden im November zwei Sitzungen des Verwaltungsausschusses eingeplant.

Des Weiteren informiert Herr Rötzer den Gemeinderat über einen Termin mit dem Rechenzentrum Komm.One zum Thema Sitzungsmanagement. Der Zeitplan sehe hier die Einführung des Programms zur Gemeinderatssitzung im Dezember 2022 vor. Alle Abläufe sollen dann digitalisiert werden. Aufgrund dessen gäbe es einige Veränderungen, wie beispielsweise veränderte Sitzungsunterlagen. Die Beschlussvorschläge würden um die Punkte „finanzielle und ökologische Aspekte“ erweitert. Der Schulungstermin für alle Gemeinderäte sei am 12.10.2022 um 18:30 Uhr.

Die gewünschte Klausurtagung des Gemeinderates würde am 22.10.2022 im Bürgersaal stattfinden. Rathausintern sei man bereits dabei, Themen hierfür zu sammeln. Themenvorschläge der Gemeinderäte sollten an Herrn Rötzer gesendet werden. In der nächsten Sitzung des Gemeinderates würde die Tagesordnung beschlossen.

Eine Weihnachtsfeier für die Gemeinderäte sei nach der Sitzung am 20.12.2022 geplant. Auch für die Beschäftigten der Gemeinde sei in diesem Jahr wieder eine Weihnachtsfeier geplant.

Herr Rötzer erklärt, dass er in dieser Sitzung noch keine abschließende Liste über die Beschaffungen des Feuerwehrgerätehauses abgeben könne, da die Inneneinrichtung und technische Ausstattung noch nicht abschließend vergeben sei.

#### **Sachstand laufende Projekte:**

Herr Adam berichtet, dass der Rohrbruch beim Penny Markt in Bleibach behoben sei.

Frau Schuler fragt nach, ob die Wasserleitungen in der Dorfstraße marode seien, da dies nicht der erste Rohrbruch an dieser Stelle in diesem Jahr sei.

Herr Adam erklärt, dass der Hausanschluss das Problem gewesen wäre, mit der Hauptleitung hätte der Rohrbruch nichts zu tun.

### **3. Blutspenderehrung**

Herr Rötzer ehrt die Blutspender\*innen in seiner Funktion als Bürgermeister der Gemeinde, aber auch als Vertreter des DRK's. Blutspenden seien weiterhin ein elementares Element der Rettung, deshalb bedankt er sich bei allen Blutspender\*innen, die bereits mehrfach Blut gespendet haben. Die Personen erhalten als Dank eine Stecknadel, Urkunde und eine Flasche Wein.

### **4. Badenova AG & Co. KG: Ausgliederung des Teilbetriebs Vertrieb in eine Tochtergesellschaft der badenova AG & Co. KG.**

**-Beschlussfassung-**

#### **Anlage 1**

Frau Stammberger erklärt, dass das Geschäftsfeld Markt & Energiedienstleistungen (der Vertrieb von Strom und Gas) in eine eigene, 100 %ige Tochtergesellschaft der Badenova AG & Co. KG ausgegliedert werden sollte.

Sie habe im Vorfeld mit dem Prokuristen der Badenova AG & CO. KG gesprochen, alle Mitarbeitenden der Badenova AG & Co. KG würden übernommen werden, außerdem würden keine neuen Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Die Gewinne der Tochtergesellschaft würden vollumfänglich an die Badenova AG & Co. KG ausgeschüttet werden.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin der Gründung der badenova Energie GmbH mit Sitz in Freiburg mit einem Stammkapital in Höhe von 5.000.000,00 € als 100%ige Tochtergesellschaft der badenova AG & Co. KG einstimmig zu.

Der Gemeinderat stimmt auch der Ausgliederung des Geschäftsfeldes Markt & Energiedienstleistungen der badenova AG & Co. KG mit Wirkung zum 01.01.2023 in die hierzu neu zu gründende 100%ige Tochtergesellschaft der badenova AG & Co. KG badenova Energie GmbH zu, vorbehaltlich der positiven verbindlichen Auskunft des Finanzamts Freiburg zur Übertragung des Geschäftsfeldes zu steuerlichen Buchwerten.

Der Gemeinderat stimmt außerdem dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags zugunsten der Badenova AG & Co. KG mit der Badenova Energie GmbH mit Wirkung zum 01.01.2023 zu.

Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, die Beschlüsse des Gemeinderates in der Gesellschafterversammlung der Badenova AG & Co. KG erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Der Gemeinderat ermächtigt den Bürgermeister auf die Anfechtung der Ausgliederungsbeschlusses, die Prüfung des Ausgliederungsvertrags und die Erstellung des Spaltungsberichtes zu verzichten.

## **5. Gestaltung des Kreisverkehrs in Bleibach Richtung Simonswald -Vorstellung, Beratung und Beschlussfassung- Anlage 2**

Herr Adam leitet ein, dass der Kreisverkehr in Bleibach Richtung Simonswald momentan noch sehr pflegeaufwendig sei und man diesen nun begrünen wolle. Er wolle dort Stauden einpflanzen, dies sei die Empfehlung einer befragten Gärtnerei. Der dann abzutragende Schotter würde auf das Gelände des Bauhofs kommen und wiederverwendet werden. Die Fahrbahnkante des Kreisverkehrs werde nicht mit Schotter aufgefüllt, eine Hangsicherung müsste nicht vollzogen werden. Auf einer Magnettafel im Bauhof werde festgehalten, wann und wer die Stauden zuletzt gegossen hat. Außerdem sollen noch weitere Pflanzen wie beispielsweise Lavendel eingepflanzt werden. In ca. 2 Jahren solle die Bepflanzung des Kreisverkehrs dann dicht bewachsen sein.

Frau Linder möchte wissen, ob der Kreisverkehr aktuell beleuchtet werde. Sie würde aufgrund der Energieknappheit bevorzugen, wenn man den Kreisverkehr nicht beleuchten würde.

Herr Adam erklärt, dass man diese Anfrage verkehrsrechtlich prüfen müsste.

Frau Kaltenbach fragt nach, ob der Kreisverkehr überhaupt der Gemeinde gehöre, da dieser auf einer Kreisstraße stehe.

Herr Adam antwortet, dass dieser Kreisverkehr Eigentum der Gemeinde wäre.

Herr Hamann spricht sich gegen die Bepflanzung des Kreisverkehrs mit Stauden aus, da diese die meiste Zeit im Jahr welk wären.

Herr Adam gibt zu, dass er sich bei der Entscheidung auf die Aussage einer Gärtnerei verlassen habe, die ihm zugesichert hätte, dass die Bepflanzung mit Stauden die beste Lösung wäre.

Herr Stefan Weiß erklärt, dass man bei Stauden unterschiedliche Mähzeiten beachten müsse. Wichtig sei, dass man zu Beginn viele Stauden anpflanzt, damit diese dicht wachsen.

Frau Kaltenbach gibt nochmals zu Bedenken, dass ein Staudengarten sehr pflegeaufwendig sei.

Herr Adam sagt, dass er es trotz allem mit den Stauden probieren wolle, der Bauhof müsse sich um die Pflege kümmern.

Frau Schuler erklärt, dass ein Pflegeplan erstellt und auch umgesetzt werden müsste.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag, den Kreisverkehr mit Stauden zu bepflanzen, mehrheitlich zu. Ein Gemeinderat enthält sich.

## **6. Behandlung der Anträge der CDU Fraktion v. 30.05.2022 - Information und Beratung-**

Frau Rieser begibt sich in den Zuhörerraum. Als Vorstand des Schwimmbadvereins ist sie befangen.

Herr Adam erklärt, dass beim Reinigen des Schwimmbads punktuelle Rostpartikel aufgetaucht seien. Die Pumpe könnte kaputt gehen und den Edelstahl somit zerstören. Der damalige Badbauer habe gesagt, dass eine Handlungsempfehlung für die Reinigung bestehen würde. Man sollte mehr mit Reinigungsmitteln arbeiten, außerdem solle ein Beizgerät beschafft werden. Das sei einfach in der Handhabung. Die Reinigung des Schwimmbades würde meist vom Freundeskreis übernommen. Der Kauf dieses Beizgerätes sei bereits im Haushaltsplan für 2022 in Höhe von 2.000 € beinhaltet. Eine Beauftragung der Reinigung durch einen Profi würde Herr Adam nicht empfehlen.

Herr Adam schlägt vor, vor der nächsten Haushaltplanberatung gemeinsam mit dem Gemeinderat und dem Freundeskreis zu beratschlagen, was für das Schwimmbad beschafft werden müsse.

Herr Hamann möchte wissen, ob es Probleme zwischen dem Schwimmbadverein und der Gemeinde gibt. Er stellt sich diese Frage, weil die CDU nun einen Antrag stellen muss, um Unterstützung bei der Reinigung des Bades zu erhalten, wo die Gemeinde doch froh sein müsste, wenn der Verein die Reinigung übernimmt. Außerdem fragt er sich, ob im Schwimmbad minderwertiger Edelstahl verbaut wurde. Des Weiteren möchte er wissen, ob überprüft wurde, woher die Rostflecken stammen.

Herr Rötzer stellt klar, dass keine Konflikte zwischen dem Schwimmbad und der Gemeinde bestünden.

Herr Adam führt aus, dass derzeit untersucht werde, ob die kleinen Rostflecken von Sand stammen könnten. Ein Spezialist würde diese Prüfung durchführen. Man wolle verhindern, dass sich die kleinen Rostflecken vergrößern.

Frau Schuler fragt, ob jemand bereits Erfahrungen mit einem Beizgerät hätte. Der Vorschlag, eine jährliche Pauschale für das Schwimmbad in Höhe von 1.000 Euro im Haushaltsplan einzustellen findet sie nicht gut. Frau Schuler spricht sich dafür aus, dass man sich im Rahmen der Haushaltsberatungen überlegt, welche Beschaffungen für das Schwimmbad notwendig werden.

Herr Adam gibt an, dass ihm das Gerät empfohlen worden sei. Die Pauschale in Höhe von 1.000 Euro hätten einen speziellen Hintergrund.

Herr Stiefvater führt aus, dass diese 1.000 Euro ein Budget für das Schwimmbad darstellen soll, um bei kurzfristig anfallenden Kleinigkeiten handlungsfähig zu sein.

Herr Hamann bringt ein, dass für solche Anschaffungen dem Bauhof Verfügungsmittel zustehen würden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Anschaffung des Beizgerätes zu einem Preis von 2.000 Euro.

Die Diskussion über eine jährliche Zuwendung in Höhe von 1.000 Euro wird in die Haushaltberatung mit aufgenommen.

7. **Punktuelle Flächennutzungsplanänderung „Gewerbegebiet Inried“**  
**- Vorstellung und Beschlussfassung –**  
**Anlage 3**

Herr Radigk, Stadtplaner der Stadt Waldkirch, leitet in diesen Tagesordnungspunkt ein und stellt das Vorhaben anhand seiner Präsentation vor.

Der Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Waldkirch mit den Gemeinden Gutach i.Br. und Simonswald solle punktuell geändert werden.

Die frühzeitige Beteiligung in diesem Verfahren habe bereits im vergangenen Sommer 2021 stattgefunden. Im Juli und August 2022 solle die Flächennutzungsplanänderung offengelegt werden, eine Genehmigung vom Regierungspräsidium Freiburg werde wahrscheinlich erst zu Beginn des nächsten Jahres vorliegen. Momentan sei die betroffene Fläche „Inried“ noch als Wohnfläche gekennzeichnet, diese solle durch die Flächennutzungsplanänderung „Inried – Neumatte – Flotzebene“ nun in Gewerbefläche umgewandelt werden. Der Anlass für diese Änderung sei die Firma Faller Packaging, die zweitgrößte Firma in Waldkirch. Diese benötige dringend weitere Gewerbeflächen. Im Gewerbegebiet Inried sollen nun insgesamt 1,9 ha Gewerbefläche entstehen. Die Fläche „Neumatte“ könne nicht als Gewerbefläche eingesetzt werden, da dort Überschwemmungsgebiet sei. Die Fläche „Brunnenrhain“ sei zu klein, Grundstückseigentümer hätten dort außerdem nicht an die Stadt Waldkirch verkaufen wollen. Insgesamt verfüge die Stadt Waldkirch noch über 23 ha Wohnfläche, allerdings über keinerlei Gewerbefläche. Die Umwandlung einer Wohnfläche in Gewerbefläche sei also vertretbar. Die Erschließung des Gewerbegebietes Inried sei bereits Teil des Flächennutzungsplans.

Beschlussvorschlag 1: Der gemeinsame Ausschuss der VVG Waldkirch, Gutach i.Br. und Simonswald beschließt die Einleitung der 6. Punktuellen Flächennutzungsplanänderung „Inried – Neumatte – Flotzebene“ auf den Gemarkungen Waldkirch und Buchholz.

Beschlussvorschlag 2: Der gemeinsame Ausschuss der VVG Waldkirch, Gutach i.Br. und Simonswald wägt die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander ab und behandelt die im 6. Punktuellen Flächennutzungsplanänderungsverfahren „Inried – Neumatte – Flotzebene“ eingegangenen Stellungnahmen der Frühzeitigen Beteiligung entsprechend der Vorlage der Verwaltung.

Beschlussvorschlag 3: Der gemeinsame Ausschuss der VVG Waldkirch, Gutach i.Br. und Simonswald billigt den Entwurf der Offenlage der 6. Punktuellen Flächennutzungsplanänderung „Inried – Neumatte – Flotzebene“ und beschließt die Durchführung der Offenlage.

Der Gemeinderat stimmt den drei Beschlussvorschlägen mehrheitlich zu, ein Gemeinderat stimmt dagegen.

8. **Antrag auf Erteilung einer auf 25 Jahre befristeten immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung zum Repowering der Windkraftanlagen (WKA) Wald und Wiese im Bereich Schillinger Berg der Gemeinde Freiamt**  
**- Beschlussfassung –**  
**Anlage 4**

Frau Heß leitet in den achten Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass es sich beim Repowering der vorliegenden Windkraftanlagen um Anlagen auf der Gemarkung Freiamt handele. Das Thema wäre bereits in einer der letzten Sitzungen von Bürgermeister Singler angesprochen worden. Für die Erteilung einer Genehmigung zu diesem Repowering sei die untere Emissionsschutzbehörde zuständig. Die Gemeinde Gutach würde als angrenzende Gemeinde nun angehört. Frau Heß hätte den Rechtsanwalt der Gemeinde mit der Prüfung beauftragt, ob die Gemeinde Gutach durch das Repowering beeinträchtigt würde. Bei der unteren Emissionsschutzbehörde habe Frau Heß um Fristverlängerung gebeten, allerdings eine Absage erhalten. Die Frist zur Stellungnahme der Gemeinde laufe also am 30.06.2022 ab. Frau Heß erklärt, dass diese Einschätzung von Rechtsanwalt Kupfer nun, nach längerer urlaubsbedingter Wartezeit, vorliegen würde. Die Prüfung hätte sich hauptsächlich auf die Frage gerichtet, ob die Planungshoheit der Gemeinde Gutach durch das Repowering der Windkraftanlagen im Bereich Schillinger Berg beeinflusst wird. Der Entwurf eines Flächennutzungsplanes Wind für die Gemeinde sei zwar momentan in Arbeit, allerdings noch in den Grundzügen. Aus diesem Grund könne man derzeit nicht begründen, dass eine Beeinträchtigung durch das geplante Repowering entstehen würde. Laut Einschätzung von Rechtsanwalt Kupfer seien die Belange der Gemeinde Gutach derzeit nicht berührt. Die Gemeindeverwaltung würde deshalb in der Stellungnahme festhalten, dass keine Einwände zum geplanten Repowering bestünden, die Gemeinde aber weiterhin über das Verfahren informiert werden wolle.

Herr Stiefvater gibt an, dass er die Einschätzung vom Rechtsanwalt akzeptieren werde. Er betont, dass die zu Beginn der Sitzung gestellten Fragen von Herr Schneider von der Verwaltung beantwortet werden sollten. Auch er wolle diese Antworten schriftlich erhalten. Herr Rötzer betont nochmals, dass die öffentlichen Belange der Gemeinde von diesen geplanten Anlagen nicht tangiert seien. Eine Prüfung der Emissionswerte müsste von der unteren Emissionsschutzbehörde durchgeführt werden. Konkrete Antworten auf die Fragen von Herrn Schneider könne er also nur vom LRA Emmendingen erhalten.

Herr Hamann meint, dass laut Flächennutzungsplan der Gemeinde Gutach dort keine Flächen geplant wären. Wegen der Nähe zur Gemarkungsgrenze müsse man allerdings prüfen, ob die Anwohnenden durch die Emissionen beeinträchtigt werden.

Frau Heß erklärt nochmals, dass eine emissionsschutzrechtliche Prüfung ausschließlich die Emissionsschutzbehörde vornehmen könne. Die Gemeinde Gutach habe für eine solche Prüfung keinerlei Ausstattung. Da die Planungshoheit der Gemeinde nicht beeinträchtigt wäre, sehe sie keine Möglichkeiten, das Vorhaben zu stoppen. Sollten sich Bürger von den Windkraftanlagen optisch bedroht fühlen, müsse sich der jeweilige Bürger selbst vertreten. Die Gemeinde könne für einzelne Bürger keine rechtliche Stellungnahme abgeben. Diese müssten sich an Frau Lehmann vom Landratsamt wenden.

Herr Stiefvater fragt nach, ob die Verwaltung Frau Lehmann mitteilen könnte, dass Bürgerfragen aufkamen und dass sie diese beantworten solle.

Herr Schneider (Bürger) meldet sich und möchte von seinen Erfahrungen mit der Emissionsschutzbehörde berichten.

Herr Rötzer fragt den Gemeinderat, ob Herr Schneiders Antrag angenommen wird. Der Gemeinderat stimmt zu.



Herr Schneider erklärt, dass er gegenüber der Windkraftanlage Tännlebühl wohnen würde. Die bei Inbetriebnahme dort gemessenen Grenzwerte wären bei 44,9 gelegen, der Grenzwert sei 45. Eine ihm versprochene wiederholte Prüfung der Emissionswerte sei bis heute nicht vorgenommen worden.

Frau Linder gibt zu, dass Schall und Schatten der Windkraftanlagen eine optisch bedrängende Wirkung haben. Sie habe sich informiert und gelesen, dass neue Anlagen mit höchstens 44 db deutlich leiser seien als ältere. Falls die Anwohnenden trotzdem eine Bedrängung empfinden würden, müsse man dies überprüfen.

Frau Kaltenbach bemängelt, dass die Beschreibung über das Vorhaben viel zu kurz sei. Sie fragt nach, ob man größere Abstandsflächen einfordern könnte.

Frau Heß erklärt, dass die Gemeinde keine größere Abstandsfläche einfordern könne, da die Belange der Gemeinde nicht betroffen wären. Frau Heß wiederholt, dass sich betroffene Anwohnende direkt an die Emissionsschutzbehörde wenden müssten.

Frau Kaltenbach fragt nach, ob die Anwohnenden zu dem Vorhaben informiert und angehört wurden.

Frau Heß antwortet, dass sie das nicht wüsste, da dieses Vorhaben von der Emissionsschutzbehörde durchgeführt wird.

Herr Hug stimmt Frau Heß zu. Die Gemeinde könne keine Informationen über Verfahren ausgeben, die nicht von der Gemeinde durchgeführt werden.

Herr Seitz (Bürger) meldet sich mit einem Wortbeitrag.

Herr Rötzer fragt den Gemeinderat, ob Herr Seitz Antrag angenommen wird.

Der Gemeinderat stimmt zu.

Herr Seitz führt aus, dass er in der Schwarzenbergstraße wohnen würde. Er habe mit Frau Reinbold-Mench, Bürgermeisterin von Freiamt, telefoniert. Die Gemeinde Freiamt hätte eine Fristverlängerung für die Stellungnahme erhalten. Herr Seitz bemängelt, dass er keine Informationen zu diesem Repowering erhalten habe. Er wünsche sich, dass das Vorhaben durch die Gemeinde geprüft werde. Er würde zwischen drei Windkraftanlagen wohnen, die alle drei Emissionen aussetzen.

Frau Heß erklärt, dass es möglich sei, dass Freiamt eine Fristverlängerung erhalten habe, weil das Vorhaben auf der Gemarkung der Gemeinde geplant ist. Gutach hätte eben keine Fristverlängerung erhalten, da die öffentlichen Belange der Gemeinde nicht beeinträchtigt seien.

Frau Schuler meldet sich, sie wolle abstimmen.

Herr Rötzer ergänzt zum vorhandenen Beschlussvorschlag, dass der vorformulierte Text von Rechtsanwalt Kupfer übernommen werde, in dem aufgeführt wird, dass die Belange der Gemeinde Gutach nicht beeinträchtigt werden.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben mehrheitlich zu, zwei Gemeinderäte stimmen dagegen.

## 9. Anfragen aus dem Gemeinderat

Frau Linder fragt nach, warum die im Haushalt 2021 bereits veranschlagten öffentliche Anschlagtafeln weiterhin auf dem Bauhof stünden und noch nicht aufgestellt wurden. Außerdem betont sie, dass die Straßenarbeiten im Siegelau gut abgelaufen wären. Sie hätte allerdings eine Anfrage erhalten, ob bei den nächsten Arbeiten zusätzlich noch an der Straße Informationen zu den Straßenarbeiten aufstellen könnte.

Herr Adam erklärt, dass die Information über die Straßenarbeiten im Gemeindeblatt, in der Zeitung und auf der Homepage veröffentlicht wurden. Dies sei seiner Meinung nach ausreichend. Die Anschlagtafeln seien noch nicht montiert, weil der Bauhof weiterhin an der Kapazitätsgrenze arbeiten würde. Innerhalb der nächsten zwei Wochen werden die Tafeln montiert.

Frau Kaltenbach stimmt Herr Adam zu, mehr Informationen zu Straßenarbeiten könne man nicht verteilen.

Herr Hamann ist der Meinung, dass die Arbeiten im Siegelau einwandfrei verlaufen seien. Er spricht sich außerdem für eine Ortsbegehung in allen Ortsteilen vor der geplanten Klausurtagung im Oktober aus.

Herr Rötzer findet das eine gute Idee.

Herr Stefan Weiß fragt nach, wann die obere Asphaltdecke auf der Straße in der alten Ziegelei kommen soll.

Herr Adam antwortet, dass nun der letzte Hausbesitzer mitgeteilt habe, dass die Leitungen zu seinem Haus in den nächsten beiden Wochen gelegt würden, das Bauunternehmen die Asphaltierung sei deshalb schon von Herr Adam informiert worden.

BM Rötzer schließt die öffentliche Sitzung um 21:05 Uhr

Vorsitzender, Datum:

.....

Rötzer, Bürgermeister

Gemeinderat, Datum:

.....

GR Hamann

Protokollführerin, Datum:

.....

Anna Welle

Gemeinderat, Datum:

.....

GR Stiefvater

Gemeinderätin, Datum:

.....

GR'tin Schuler